

Im Morast des Krieges

Wird Irak zu einem zweiten Vietnam? Ob die Vereinigten Staaten von den Gespenstern der Vergangenheit eingeholt werden, entscheidet sich in der Innenpolitik

VON BERND GREINER

Neuerdings wird die politische Sprache in den USA von einem Gespenst aus den 60ern heimgesucht: *quagmire*. Das Wort kann mit "Morast" oder "Sumpf" übersetzt werden, und es meint zugleich das Gefangensein in einer ausweglosen Lage. Der Vietnam-Krieg gilt noch immer als Inbegriff des *quagmire* - einer Politik, die trotz aller Warnungen ihr Scheitern provoziert. Barbara Tuchman sprach diesbezüglich von der "Torheit der Regierenden". Genauer: von ihrer Lernunfähigkeit, der Neigung, die gleichen Fehler immer wieder zu machen. Werden wir also Zeugen, wie sich die Geschichte wiederholt? Droht in Irak ein zweites Vietnam?

In der Tat drängen sich Parallelen auf. Wie damals haben es die US-Streitkräfte heute mit einem Gegner zu tun, den sie zwar in jeder größeren Schlacht besiegen, aber auf Dauer anscheinend nicht in die Knie zwingen können. Darin aber liegt die Essenz des Guerillakrieges: dass der Schwache Stärken ausspielen kann, die den Starken schwach aussehen lassen. Nichts erfüllt diesen Zweck rascher und effektiver als die Demonstration von Ohnmacht. Der Bevölkerung wird vor Augen geführt, dass die zu ihrem Schutz anwesenden fremden Truppen sie nicht schützen können, dass die "Kämpfer der Nacht" jederzeit und an Orten ihrer Wahl losschlagen können. Aus diesem Grund terrorisierte der Vietcong sporadisch die Zivilbevölkerung - erinnert sei nur an das 1968 verübte Massaker, dem 3000 Bürger von Hue zum Opfer fielen.

In Irak sehen wir die Zuspitzung dieser Strategie, eine Entgrenzung des Terrors, der vor nichts mehr Halt macht und vor allem eines bezweckt: die stärkste Militärmacht der Welt als hilf- und ratlosen Riesen lächerlich zu machen. Aus den kumulativen Effekten dieser Strategie schöpft die Guerilla ihr politisches Kapital. Man muss nicht um politische Akzeptanz oder gar Mehrheiten kämpfen. Es reicht, wenn die Bevölkerung kein Vertrauen mehr zur Schutzmacht hat.

Die aus Vietnam bekannten Konsequenzen scheinen sich auch in Irak einzustellen: Die Amerikaner finden keine verlässlichen Partner mehr, müssen alles in die eigenen Hände nehmen und erschöpfen so ihre Kräfte vorzeitig. Enttäuscht von Ineffizienz und Misserfolgen, lässt ein Teil der Bevölkerung den Dingen resigniert ihren Lauf. Andere schlagen sich auf die Seite der Opposition, aus Angst, Opportunismus oder Patriotismus. Terroristen aber, die nicht mehr verraten werden, sind fast am Ziel. Zumindest fällt ihnen die Rekrutierung neuer Kämpfer leichter. Oder sie zwingen den Gegner zu intensiveren Repressalien, also dazu, seinen Ruf noch mehr zu ramponieren. Nichts anderes meint die Rede vom *quagmire*.

Kein "großer Krieg" in Sicht

Andererseits aber hinkt der Vietnam-Vergleich. So erfolgreich die Vietcong agierten, sie hätten ohne Unterstützung nicht bestehen können. Erst der Nachschub aus dem Norden und am Ende die Intervention der regulären Streitkräfte Nordvietnams sicherten den Sieg. Und Hanoi konnte sich auf die Sowjetunion und die Volksrepublik China als Garantmächte verlassen. Beide wollten die Überlegenheit des Sozialismus in Südostasien demonstrieren, hielten mit der Drohung eines "großen Krieges" die USA vom Einmarsch in den Norden ab. Auf dergleichen Rückhalt können die in Irak aktiven Terrorgruppen nicht zurückgreifen. Im Gegenteil. Indem sie ihrer Zerstörungswut auch in arabischen Ländern freien Lauf lassen, schaffen sie sich Feinde im eigenen Haus. Am Ende könnte der Sumpf, in den sie die Amerikaner locken wollten, ihnen selbst zum Verhängnis werden.

"Kleine" oder "asymmetrische" Kriege werden freilich nur zum Teil auf dem Schlachtfeld entschieden. Auch dafür steht *quagmire*. Jenseits militärischer Lähmung beschreibt er einen Prozess politischer Selbstfesselung. Dazu kommt es, wenn Regierungen die moralischen Ressourcen ihrer Gesellschaft überstrapazieren. Anders gesagt: wenn sie ignorieren, dass in Demokratien spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg der Preis des Krieges kritischer beurteilt wird. In den USA wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Akzeptanz des Krieges an drei Kriterien geknüpft: Die Opfer auf der eigenen Seite sollten möglichst gering bleiben, der Sieg schnell errungen werden, auf eine Weise, dass das zivilisatorische Selbstbild nicht nachhaltig beschädigt wird.

Im Falle Vietnams verstießen unterschiedliche Regierungen mal gegen den einen, mal gegen den anderen Grundsatz und bisweilen gegen alle zugleich. Und zahlten dafür mit ihrem Scheitern. Auch als die Zahl der toten GI's drastisch gesunken und der Rückzug der Bodentruppen absehbar war, fand Nixon keinen Weg aus der Akzeptanzfalle. Mit der Eskalation des Bombenkrieges verspielte er selbst im konservativen Lager den moralischen Rückhalt seiner Politik.

Triumphalistische Gesten

Bei der Überwindung des "Vietnam-Syndroms" ging und geht es im Kern darum, dieser "gesellschaftlichen Rahmung" des Krieges gerecht zu werden. Die Siege in den beiden Golf-Kriegen wurden als Durchbruch, wenn nicht als endgültiger Ausweg aus dem *quagmire* gedeutet: im Eiltempo errungen, mit geringen eigenen Verlusten und vergleichsweise wenigen zivilen Opfern. Die triumphalistischen Gesten von Bush gründeten nicht zuletzt in dem Glauben, eine verbindliche Antwort auf die quälenden Fragen seiner Vorgänger gefunden zu haben.

Doch nur Monate nach dem vermeintlich großen Sieg sieht es aus, als würde Bush von den Gespenstern der Vergangenheit

wieder eingeholt. Nicht so sehr, weil die Kämpfe immer wieder aufflackern, viele GIs sterben oder kein Ende absehbar ist. Vielmehr rächt sich der politisch verengte Blick der Administration. Fixiert auf Opferzahlen und den Faktor Zeit, hat sie einen ungeschriebenen Verfassungsartikel der Demokratie übersehen: dass Politik nachvollziehbar, überprüfbar und transparent sein muss.

So werden die Fehler der Vietnamjahre im großen Stil wiederholt. Damals glaubten Kennedy, Johnson und Nixon, die Zivilgesellschaft von der Debatte über Krieg und Frieden ausschließen zu können. Bush kopiert diese Attitüde - und treibt sie auf die Spitze. Er strebt nach einer Neujustierung des Verhältnisses von Teilhabe und Exklusion. Die größte Sicherheit der größten Zahl sei nur gewährt, wenn der Kreis der Informierten, Mitspracheberechtigten und Entscheidungsbefugten klein gehalten wird.

Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die nur noch mit ihresgleichen kommuniziert, die neue Geheimdienste aufbaut, weil die CIA nicht die politisch opportunen Informationen liefert, die den Kongress zum Statisten degradiert und eine Medienwelt aufpöppelt, deren oberstes Gebot die Propagierung von Meinungen ist. Die Forderung nach Loyalität und Gefolgschaft ersetzt das Recht auf Partizipation und Mitsprache, das wegen der Geheimhaltung nicht Begründete nimmt den Platz kritischen Prüfens ein.

Und wie in den 60ern zeichnet sich ein galoppierender Kursverlust dessen ab, was zu Recht als Währung der Demokratie bezeichnet wird: Vertrauen und Glaubwürdigkeit. In Ausnahmesituationen geht die amerikanische Gesellschaft mit dergleichen sehr langmütig um. Aber gerade im Laufe des Vietnamkrieges zeigte sich, dass die versteckte Wut über eine Politik der Halbwahrheiten und der Lügen plötzlich aufbrechen kann. Gegen dieses innenpolitische *quagmire* scheint Bush am wenigsten gefeit.

Bernd Greiner leitet den Bereich "Theorie und Geschichte der Gewalt" am Hamburger Institut für Sozialforschung und ist Privatdozent für Geschichte an der Universität Hamburg.

Dossier: **Irak nach dem Krieg**

International: **UN wollen Irak meiden**

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2003
Dokument erstellt am 21.11.2003 um 17:12:01 Uhr
Erscheinungsdatum 22.11.2003